

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Florian von Brunn

Abg. Albert Duin

Abg. Alexander Flierl

Abg. Katharina Schulze

Abg. Alexander König

Abg. Christian Hierneis

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Thorsten Glauber

Präsidentin Ilse Aigner: Nun rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**

**"Uniper-Wasserkraft: Bayerns blaues Gold in die Hand der Bürger*innen
zurückholen"**

Sie kennen alle das Prozedere. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Kollege Ludwig Hartmann mit 10 Minuten den ersten Redepart. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, schön, Sie auch mal wieder hier im Bayerischen Landtag zu sehen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist so billig!)

Das trifft sich auch ganz gut.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Es freut mich, dass es euch freut! – Heiterkeit)

Das Schöne ist eigentlich: Es trifft sich ganz gut, weil es in der heutigen Aktuellen Stunde um ein bayerisches Thema geht, um das sich Bayern kümmern muss. Es geht um ein Thema, bei dem man Weitsicht und Entschlossenheit in Bayern braucht. Es geht auch darum, einen Fehler der CSU aus der Vergangenheit im Interesse der Zukunft jetzt zu korrigieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um unser blaues Gold, um unser Wasser, unsere Flüsse, die Lebens- und Energieadern Bayerns. Es geht um Energiesicherheit, Wasserschutz, Wertschöpfung in der Region, Hochwasserschutz und Niedrigwassermanagement. Es geht natürlich um die 100 Uniper-Wasserkraftwerke, die an unseren bayerischen Flüssen stehen.

Wasserkraft, das ist die erneuerbare Sicherheitsenergie. Diese erneuerbare Sicherheitsenergie, unsere Wasserkraftwerke, die haben mal dem Freistaat Bayern gehört. Das war damals gut und richtig so. Das wollen wir wieder zurückhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU): Weil es beim Bund schlecht aufgehoben ist!)

Deshalb geht es heute darum, den historischen Fehler der CSU-Regierung zu korrigieren. Die CSU hat die bayerischen Wasserkraftwerke in einer Privatisierungsphase in den 1990er-Jahren verscherbelt. Edmund Stoiber hat damals die Kronjuwelen der bayerischen Energieversorgung, die Wasserkraft, unsere erneuerbare Sicherheitsenergie an Donau, Lech, Isar und Main, ebenso wie die bayerischen Stromnetze verscherbelt. Diese Privatisierung war ein Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war verantwortungslos. Das war ein großer Fehler. Jetzt haben Sie Gelegenheit, diesen Fehler wiedergutzumachen. Diesen historischen Fehler der CSU wollen wir im Interesse der Energiesicherheit in unserem Land jetzt korrigieren. Kritische Infrastruktur darf nicht von Privatunternehmen und reiner Gewinnmaximierung geprägt sein.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, durch die Uniper-Rettung auf Bundesebene eröffnet sich jetzt ein Zeitfenster, das wir nutzen sollten, ein Zeitfenster, um einen CSU-Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Durch die finanzielle Schieflage von Uniper und die fast hundertprozentige Übernahme durch den Bund haben wir jetzt eine Jahrhundertchance, die Wasserkraft wieder in bayerischen Besitz zu überführen, und das sollten wir tun. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist weit-sichtige Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die bayerischen Uniper-Wasserkraftwerke wieder in die Hände der Menschen in Bayern legen und damit für Energiesicherheit sorgen. So können wir den

Vierklang aus Stromproduktion, Hochwasserschutz, Niedrigwassermanagement und Schutz der Gewässerökologie wieder in eine Hand, in die öffentliche Hand legen und dort bündeln. Dort funktioniert es deutlich besser. Es ist unser Wasser, also ist es auch unsere Energie. Die Bürgerinnen und Bürger sollen daran verdienen und sonst keiner.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel ist Energiegewinnung, Hochwasserschutz, Niedrigwassermanagement und Naturschutz aus einem Guss. Die Menschen in Bayern sollen künftig von der Wasserkraft vor ihrer Haustür profitieren. Das Geld, das an den Flüssen erwirtschaftet wird, fließt dann nicht länger in die Konzernkassen, sondern kommt auch den Ufergemeinden zugute, die damit Spielplätze, Radwege oder kommunale Schwimmbäder mitfinanzieren können. Unser Wasser soll nicht länger Geld in die Taschen von Großaktionären spülen. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir möchten, dass die Kraft unserer Flüsse auch daheim in Bayern wirkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Rückführung der Wasserkraftwerke in bayerischen Besitz bietet auch eine weitere Riesenchance für die Natur, wenn wir das reine Gewinnstreben ersetzen und endlich eine Politik hinbekommen, mit der aus den Erlösen der Wasserkraft auch die Flussökologie deutlich verbessert wird und sich die Lebensräume an unseren Flüssen endlich erholen können. Das heißt für uns auch, dass wir die Renaturierung der Flüsse zum Teil damit finanzieren können, was richtig und notwendig ist; für einen guten, gesunden Wasserhaushalt, für naturverträglichen Hochwasserschutz und vor allem für eines: für eine verlässliche Stromgewinnung aus der Wasserkraft. – Das ist weitsichtige Politik für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit den Erlösen aus der Wasserkraft wollen wir unsere Flüsse nicht nur in einen besseren ökologischen Zustand bringen. Wir möchten, wie gesagt, auch die Anrainerkommunen daran beteiligen.

Das ist alles gar keine ganz neue Erfindung. Wie gesagt, hatten wir mal die Bayernwerke. Es war mal so. Schauen wir mal nach Südtirol. Da ist die Wasserkraft zum größten Teil im Besitz der öffentlichen Hand. Dort ist sie ein Gemeinschaftsprojekt von Land und Kommunen. Allein in den letzten 30 Jahren haben die 40 Anrainerkommunen 300 Millionen Euro aus Wasserkrafterträgen ausgezahlt bekommen, um damit andere Aufgaben, wie die Gewässerökologie und anderes, zu finanzieren. Es spricht doch einiges dafür, dass diejenigen, die an den Wasserkraftwerken wohnen, auch davon profitieren. So könnte auch unser bayerischer Weg aussehen. Wir wollen Bürgerwerke Bayern wieder gründen – ganz klar: mit Beteiligung der Anrainerkommunen –, um diesen Fehler der Vergangenheit endlich zu korrigieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man hat in der Debatte die Unruhe auf der Regierungsseite bemerkt. Ich bitte Sie alle, einmal darüber nachzudenken. Einmal im Jahr wird uns der Beteiligungsbericht des Freistaates Bayern vorgelegt. Darin ist zu lesen, woran wir beteiligt sind und was wir allein betreiben: Das sind Spielcasinos, Flughäfen und Messen. Warum nicht auch Energieversorgung? Warum engagieren wir uns nicht im Bereich der erneuerbaren Energien? Wäre dieser Bereich beim Staat denn nicht gut aufgehoben? Dabei geht es um Energiesicherheit, um Verfügbarkeit, um kritische Infrastruktur. Diese ist beim Staat sehr gut aufgehoben. Das haben die vergangenen Wochen und Monate deutlich gezeigt. In diesem Bereich wünschen wir uns einen starken Akteur; das darf durchaus die öffentliche Hand sein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um noch einmal die Größenordnung darzulegen: Es geht um die Uniper-Wasserkraftwerke – diese produzieren circa 4,8 Terawattstunden sauberen Stroms; das sind 6 %

des bayerischen Bedarfs –, die durch die Uniper-Rettung gegenwärtig beim Bund liegen. Der Bund wird die Anlagen nicht dauerhaft behalten. Dafür gibt es auch klare Vorgaben von der EU-Kommission. Es wird sich also etwas ändern. Jetzt ist es doch unsere Aufgabe, einen Weg zu finden, dass diese Anlagen in den Besitz des Freistaates zurückgehen.

Herr Streibl schaut mich gerade so genau an: Ich glaube, Ihr Vater hatte damals die Privatisierung der Bayernwerke noch gebremst. Als Edmund Stoiber kam, wurden sie verscherbelt.

Ich fordere Sie wirklich auf: Lasst uns doch in diesem Punkt zusammenarbeiten und diese Chance ergreifen! Wenn sie aus dem Konzern erst einmal herausverkauft sind, sind sie weg. Der Zeitpunkt ist gekommen, in Berlin ganz klar unser Interesse anzumelden: Bayern hat Interesse an den Uniper-Wasserkraftwerken und möchte diese in den Besitz des Freistaates zurückführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei diesem Thema reden wir natürlich auch davon – das gehört zur Ehrlichkeit –, dass es ein Fehler war, diese Anlagen zu privatisieren. Das war falsch und nicht richtig. Man kann einen Fehler machen, sollte dann aber das Zeitfenster, in dem man die Chance hat, ihn zu korrigieren, nutzen und die Möglichkeit nicht verstreichen lassen.

Für uns heißt das: Unser "blaues Gold", unser Wasser, unsere Flüsse, die Lebens- und Energieadern Bayerns, Energiesicherheit, Wasserschutz, Wertschöpfung in der Region, Hochwasserschutz, Niedrigwassermanagement – ich würde sagen, jeder dieser Aspekte allein wäre schon Grund genug, die Wasserkraftwerke wieder in öffentlichen Besitz zu überführen und den Privatisierungswahn der CSU endlich rückgängig zu machen.

Wir wollen diese Jahrhundertchance ergreifen und den historischen Fehler der CSU, die Privatisierung der Wasserkraft, jetzt korrigieren. Bayern muss jetzt deutlich sein

Interesse anmelden, damit die Anlagen wieder in bayerischen Besitz kommen. Der Bund wird sie nicht ewig behalten; ich habe es vorhin gesagt. Jetzt kommt es darauf an, mit den Anrainerkommunen und dem Freistaat ein Konstrukt zu schaffen, mit dem wir diese Anlagen in Zukunft betreiben wollen, das heißt zu klären, in welcher Besitzstruktur wir die Anlagen führen möchten. Wir wollen die Wasserkraft zurückhaben! Das liegt im Interesse unseres Landes.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, hier geht es nicht in erster Linie um die CSU und auch nicht um den Wahlkampf. Hier geht es um das Beste für unser Land, um das Beste für die Menschen in unserem Land, um das Beste für die Natur in unserem Land.

Wenn Sie, liebe CSU-Kolleginnen und -Kollegen, diese Chance verstreichen lassen, dann haben Sie nicht verstanden, wie man in Bayern Politik im Interesse Bayerns macht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU: Ah!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht Frau Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hartmann, schön, Sie auch wieder einmal im Plenum zu sehen! So häufig sind Sie nicht da, dass Sie das bei anderen benennen müssten.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Aber er ist öfter als Söder da!)

Ich musste schon schmunzeln, als ich las, wer die heutige Aktuelle Stunde beantragt hat; denn die Grünen sind noch nie als Wasserkrafftörderer aufgefallen. Insofern ist es wirklich spannend, dass Sie dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir uns von Ihnen ständig Kritik wegen gewässerökologischer Auswirkungen der Wasserkraft anhören müssen und wenn ich mir dann anschau, wie moderne Wasserkraft funktioniert, dann habe ich manchmal das Gefühl, dass Sie wirklich überhaupt keine Ahnung haben.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Ich war auf Einladung des Kollegen Martin Huber, des Herrn Generalsekretär, in Töging am Inn.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Dort sieht man eindeutig die Realität: Reptilienhabitats; Hänge mit extra vom Innkanal geborgener Erde, die mit vor Ort typischer Vegetation begrünt werden; Biotop; frisch-wasserökologische Maßnahmen für die kleinen Fische hinter dem Kraftwerk; die großen Fische werden 20 Kilometer vor dem Kraftwerk, in Jettenbach, abgeleitet. Das ist also ein maximal hervorragender Ansatz, um einerseits die Wasserkraft wirklich auf den Weg zu bringen und um andererseits die Fische zu retten. Das war Ihnen doch immer wichtig.

Komischerweise ist Ihnen das bei der Windkraft gar nicht so wichtig. Dort geht es um Themen wie Flächenverbrauch, Leitungen legen, Fällen von Bäumen und darum, dass – wenn die Zahl, die der Naturschutzbund Deutschland nennt, stimmt – 100.000 Vögel durch Windkraftanlagen sterben. Diese sind Ihnen dann plötzlich gar nicht mehr wichtig.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD):
Flächenverbrauch bei der Windkraft?)

Sie agieren an dieser Stelle einfach einseitig. Deswegen darf man Ihnen aber nicht böse sein. Ich verstehe Sie; denn der Bundeswirtschaftsminister, der aus Schleswig-Holstein kommt, kennt die Wasserkraft und die daraus gewonnene Energie offensichtlich nicht. Insofern habe ich großes Verständnis dafür, dass Sie immer nur die Wind-

kraft sehen, die in Schleswig-Holstein funktioniert. Die Wasserkraft aus Bayern sehen Sie nicht!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Ludwig Hartmann (GRÜNE):
Ich habe doch nur von der Wasserkraft geredet!)

Wenn Sie die Wasserkraft wirklich wollten, dann hätten Sie reagieren müssen, als es um die Frage ging, ob die "kleine Wasserkraft" aus der EEG-Förderung herausgenommen werden soll. Nein! Sie sind völlig auf Parteilinie geblieben. Sie haben damals null geholfen. Null!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir reden von 4.000 kleinen Wasserkraftanlagen, die rund 300.000 Haushalte in Bayern mit Strom versorgen. Wenn die Förderung nicht weitergelaufen wäre, wären die Anlagen einfach kaputtgegangen; das sagt Ihnen auch jeder dort.

Was haben Sie denn getan? Sie haben nichts, nichts, nichts getan. Sie sind Ihrer Parteidoktrin aus Berlin gefolgt. Und heute sprechen Sie vom "blauen Gold"? Das ist zutiefst unanständig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gisela Sengl (GRÜNE): Totaler Schmarren!)

Aber Sie wollen sich ja auf den Weg machen und jetzt offensichtlich Fürsprecher für die Wasserkraft sein. Dann wäre es nur schön, wenn Sie die richtige Adresse wählten; denn der Bund ist dafür zuständig. Sie haben es doch gerade richtig ausgeführt: Der Bund kauft auf; er steigt bei Uniper mit 99 % ein. Das heißt, die Entscheidung liegt beim Bund. Ich finde es spannend, dass Sie offensichtlich die FREIEN WÄHLER und die CSU brauchen, um bei Robert Habeck Gehör zu finden. Vielleicht interessiert er sich einfach nicht für Sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei den GRÜNEN)

Sie kennen vermutlich weder die Telefonnummer noch haben Sie in irgendeiner Form einen Durchgriff. Das wundert mich nicht, weil Robert Habeck sich null für Bayern interessiert. Wäre es anders, dann wäre die "kleine Wasserkraft" überhaupt nicht gefährdet gewesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nur so als Hinweis: Dort, wo darüber entschieden wird, in Berlin, regieren Sie; wir regieren dort nicht. Leider – aber Sie regieren dort. Insofern wäre es schön, wenn Sie dort endlich Überzeugungsarbeit für die Wasserkraft, für die Energiewende leisten würden; denn das braucht es dringend.

Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht. Wir sind Nummer eins in Sachen Wasserkraft. 62 % der installierten Leistung der deutschen Wasserkraft kommen aus Bayern. 62 %! Insofern müssen wir uns von niemand anderem sagen lassen, was wir im Bereich der Wasserkraft angeblich noch machen müssten. Über 4.000 kleine Wasserkraftanlagen versorgen, übrigens seit über 100 Jahren, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger verlässlich mit Strom.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Warum verkaufen Sie etwas, was Sie haben wollen?)

Deshalb müssen die Anlagen auch modernisiert werden. Dafür haben wir ein bayerisches Förderprogramm aufgelegt. All diese Dinge sind aus Bayern heraus passiert. Bayern muss sich von Ihnen ganz sicher nicht vorschreiben lassen, was im Bereich der Wasserkraft zu laufen hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gerade weil wir die Wasserkraft so sehr fördern, machen wir uns auch intensiv Gedanken darüber, wie es mit den Uniper-Wasserkraftwerken weitergeht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Das unterscheidet uns, Herr von Brunn. Ich kann das gut nachvollziehen. Wir machen uns die Gedanken, und Sie kriegen einfach nur Bluthochdruck.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bevor man diskutiert, ob man aufkauft, muss man sich erst einmal die Fakten holen: Was kostet das Ganze? Kann es der Staat besser als diejenigen, die es jetzt machen?

– Dazu bedarf es keiner Schnellschüsse, sondern man muss es fundiert anschauen.

Herr Hartmann hat erklärt, dass der Staat das alles besser könne. Ich verstehe, dass Sie tiefes Vertrauen unserem Ministerpräsidenten gegenüber haben; das habe auch ich.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich möchte schon, dass wir uns die Fakten anschauen, um zu einer fundierten Entscheidung zu kommen. Genau deswegen gilt: Bevor der Staat eingreift, muss man sich anschauen, was dafür und was dagegen spricht. – Genau das werden wir tun. Dann werden wir uns auch entsprechend organisieren.

Zu klären sind auch die Fragen: Wie werthaltig wäre die Beteiligung? Welche wirtschaftlichen Risiken gäbe es? Wäre es überhaupt kartellrechtlich zulässig? Genauso ist die Frage zu beantworten, wie es dann weitergehen soll. Das muss man sich fundiert anschauen. Darüber kann man nicht einfach so aus der Hüfte heraus entscheiden, nur weil die Überschrift "Wasser" so toll klingt.

Wir werden uns das anschauen. Ich bin gespannt, was Berlin uns liefert, welche Zahlen und Dokumente Sie sich dort angeschaut haben. Ich kann in allem nur sagen: Herr Hartmann, viel Meinung – wenig Ahnung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die AfD-Fraktion spricht der Kollege Franz Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uniper ist systemrelevant. Der Konzern ist für 40 % der Erdgas- und 5,1 % der Stromversorgung in Deutschland verantwortlich. Im Jahr 2022 machte Uniper aber einen Nettoverlust von 19 Milliarden Euro. Deshalb musste die Pleite-Ampel im Dezember 2022 den Energiekonzern verstaatlichen. Das kostet den Steuerzahler bis zu 33 Milliarden Euro. Die Kosten für die Gas- und Strompreisbremse sind darin noch nicht enthalten. Das ist die teuerste Firmenrettung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nun besitzt Berlin neben anderen Kraftwerken, auf die ich später noch zurückkomme, auch rund 100 Wasserkraftwerke in Bayern, die mit einem Gigawatt fast ein Zehntel der gesicherten Kraftwerksleistung in Bayern produzieren. Das ist übrigens so viel, wie die gesamte Oberpfalz benötigt. Früher befanden sich die Wasserkraftwerke größtenteils unter dem Dach der Bayernwerke im Eigentum des Freistaates. Ministerpräsident Stoiber hat in seiner Privatisierungswelle das Bayernwerk privatisiert, nicht die Landesbank, die sich nachher als Fass ohne Boden herausgestellt hat.

Nun unsere Positionen zur heutigen Aktuellen Stunde:

Erstens. Die AfD betrachtet die Bereitstellung der Daseinsvorsorge als eine zentrale Staatsaufgabe, und dazu gehört auch die Energieversorgung.

Zweitens. Daher unterstützt die AfD den schrittweisen Eigentumsübergang der bereits wieder verstaatlichten bayerischen Wasserkraftwerke vom Bund zurück an den Freistaat und an die kommunalen Träger. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Drittens. Die AfD ist klar gegen die sozialistischen Enteignungsträume der GRÜNEN, die in einem Artikel in der "SZ" am 21.07.2022 mit dem Rückfallrecht skizziert worden sind. Die Rückgabe der Wasserkraftwerke darf nur schrittweise und rechtssicher nach

Ablauf der jeweiligen Konzessionsverträge erfolgen oder – die Vorrednerin hat es gesagt – München muss prüfen, ob der Freistaat die Wasserkraftwerke von Berlin kauft, wofür natürlich jetzt ein günstiges Zeitfenster ist.

Viertens. Die GRÜNEN wollen sich auf Kosten der schlimmsten Energiekrise, die sie selbst verursacht haben, profilieren; denn die notgedrungene Verstaatlichung von Uniper steht natürlich im Zeichen des grünen Totalversagens namens Energiewende.

(Beifall bei der AfD)

Diese Energiekrise ist vor allem auf die desaströse Energiewende und die Sanktionspolitik zurückzuführen. Durch die Energiewende wurde Deutschland erst abhängig vom Erdgas als sogenannter Überbrückungstechnologie. Durch die westlichen Sanktionen sind die globalen Gaspreise in die Höhe geschossen. Im September 2022 wurden dann auch noch die deutschen Nord-Stream-Pipelines gesprengt. War es unser Verbündeter, wie es berühmte US-Journalisten behaupten?

Fünftens. Die AfD unterstützt den Ausbau der bayerischen Wasserkraft als günstige, grundlastfähige Energiequelle. Entscheidend ist, dass die Wasserkraft eine nachhaltige, grundlastfähige und heimische Energiequelle ist, sodass die Energie nicht aus dem Norden importiert werden muss. Herr Kollege Hartmann, die Vorrednerin hat es auch schon gesagt: Wir müssen Sie daran erinnern, dass ausgerechnet Ihr grüner Wirtschaftsminister Robert Habeck mit seinem Osterpaket 2022 die "kleine Wasserkraft" ruinieren wollte, was wir konservative Parteien durch massive Proteste verhindert haben. In Bayern kann die Kapazität der Wasserkraft noch massiv um 18,5 % ausgebaut werden. 1926 gab es in Bayern 12.000 Wasserkraftwerke. Heute gibt es nur noch 4.300. Die AfD will bürokratische Hürden für die "kleine Wasserkraft" abbauen, um Tier- und Umweltschutz nicht zum Ausschlusskriterium werden zu lassen.

Sechstens. Mit der Verstaatlichung von Uniper besitzt die Bundesrepublik nicht nur Wasserkraft, sondern auch Kern- und Kohlekraftwerke – leider nicht in Deutschland, aber in Schweden und in Russland. Hier zeigt sich einmal mehr die ganze Schizophre-

nie der Energiewende: Während wir zu Hause gezwungen sind, aus verlässlicher Kohle- und Kernkraft auszusteigen, steigen wir im Ausland in beide wieder ein. Soll sich der Freistaat doch auch da beteiligen! Oder besser noch: Wir schalten unser letztes bayerisches Kernkraftwerk im April eben nicht ab.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht der Kollege Nikolaus Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war wirklich auch überrascht, als ich das von dieser Partei vorgeschlagene Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe, weil es in der Vergangenheit nicht immer so ganz klar war, wie dieses Thema formuliert worden ist. In der Kirche würde man von Spätberufenen reden. Aber lieber späte Erkenntnis als gar keine Erkenntnis!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber Vorsicht! "Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube" – nach den zehn Jahren, die ich hier mitmachen darf.

Das Thema der Aktuellen Stunde sind in erster Linie die 97 Wasserkraftwerke von Uniper. Man kann dieses Thema, glaube ich, aber nicht nur auf diese 97 Wasserkraftwerke beschränken. Auch nach meinen Informationen haben wir vor hundert Jahren über 10.000 bayerische Wasserkraftanlagen gehabt. Aktuell sind es nur noch 4.000. Dafür, dass diese Zahl so massiv zurückgefahren worden ist, gibt es verschiedene Gründe. Wir haben aber gehört, wie vor einem Jahr die Unterstützung der Politik für die "kleine Wasserkraft" weggebrochen ist. Das war natürlich nicht in unserem Sinne. Gott sei Dank haben wir es aber noch einmal hingebacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER stehen hinter den regenerativen Energien aus Sonne und Wind. Aber Biomasse und Wasserkraft sind die einzigen zwei Energiequellen, die grundlastfähig und auch speicherbar sind, nämlich Biomassekraftwerke und Pumpspeicherwasserkraftwerke. Das ist für uns das Allerwichtigste.

Selbst unser Umweltminister, Staatsminister Glauber, hat im Oktober 2022 schon gesagt: Wasserkraft gehört in staatliche Hand, und der Freistaat sollte damit Energieproduzent werden. Das hat er natürlich schon vor dieser Übernahme gesagt, aber das geht in die richtige Richtung. Meines Wissens laufen mittlerweile auch Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium im Bund. Wer aber hat sich Bedenkzeit ausbedungen? – Natürlich das Bundesministerium für Wirtschaft. Grundsätzlich haben Sie aber Gesprächsbereitschaft signalisiert. Das ist schon einmal die richtige Richtung. Wie lange braucht das Wirtschaftsministerium aber Bedenkzeit? Wann sind die nächsten Bundestagswahlen? Schaffen wir vorher noch eine wirkliche Lösung, oder müssen wir das, was im Bund mittlerweile ein bisschen kompliziert geworden ist, alleine in Bayern regeln?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir sind halt schneller!)

Aber zurück zur Wasserkraft. Zum Teil ist sie über 100 Jahre alt. Was waren aber die Gründe für den massiven Rückgang der Wasserkraft? Ich darf an die leidigen Diskussionen im Umweltausschuss im Jahr 2013 erinnern – Kollege von Brunn weiß es noch. Damals wäre in Weilheim das Grundwehr III an der Ammer als Wasserkraftwerk errichtet worden. Politisch ist aber auch von eurer Fraktion sehr viel dafür unternommen worden, dass das nicht mehr gemacht wird. Die Originalsprache war damals: Die Ammer ist einer der letzten naturbelassenen Gebirgsflüsse, und daran darf man nichts verändern. Die Wasserwirtschaft war aber schon vor 100 Jahren in dem jetzigen Zustand, so ist berichtet worden. Ich bin fasziniert davon, was die Wasserwirtschaft schon geleistet hat. Vor 300 Jahren hat Kurfürst Max Emanuel auf dem Nymphenburger Kanal, wenn er mit der Gondel gefahren ist, schon steuern können, ob er links oder rechts herum nach Schleißheim hinausfahren will.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Strom hatte er noch nicht!)

Die Wasserkraft ist aber dermaßen vernachlässigt worden, dass es wirklich eine Frechheit war, wie das politisch unterstützt worden ist. Aber wie geht es weiter?

(Florian von Brunn (SPD): Sie müssen am Beginn der Legislatur sagen, wie es weitergeht!)

Wir unterstützen die Wasserkraft. Wir bringen Lösungen. Wir reden nicht nur. Wir sind mit unserem Umweltminister auf einer Linie. Er hat gesagt: Energie muss in Bayern produziert werden, für Bayern und aus Bayern. Jetzt könnte ich hier schon ein bisschen angeben; denn nicht nur Uniper, auch die Innkraftwerke sind verkauft worden, was natürlich politisch ein Fehler war, den man nicht mehr gutmachen kann. Aber damals wollte der Verbund, der den Zuschlag bekommen hat, gegen die Energieallianz Bayern, die damals nicht so gut bei Kasse war, 5 % an die bayerischen Kommunen zurückverkaufen. Leider war dann die Energieallianz Bayern nicht mehr handlungsfähig. Drei bayerische Kommunen haben noch 3,8 % von den Innkraftwerken bekommen, nämlich die Stadt Bad Reichenhall, die Stadt Dachau und die bescheidene Gemeinde Ismaning, in der ich leben darf und auf die ich stolz bin, weil sie eine Innkraftwerksbeteiligung hat. Wir haben aber auch kleinere Wasserkraftbeteiligungen.

Ich würde mich freuen, wenn ich von der linken Seite Unterstützung dafür bekäme, dass wir unsere Isar wieder energetisch nutzen. Vor hundert Jahren haben wir 100.000 Wehre und Abstürze in Bayern gehabt. Ein Großteil von diesen Wehren ist sanierungsbedürftig, aber sie wären in der Lage, Wasserkraft zu erzeugen. Was wurde aber in der Vergangenheit daraus gemacht? – Wir haben raue Rampen daraus gemacht, dass der Biber wieder zu Fuß raufmarschieren kann. Wir haben vorhin die Diskussionen gehört, dass die Durchgängigkeit wiederhergestellt werden muss. Das war alles nicht sinnvoll; denn damals ist nie die Frage beantwortet worden, wie die Artenvielfalt in der letzten Zeit war, wenn ein Wehr seit hundert Jahren besteht.

Frau Kollegin Schreyer hat es auch gesagt: Ein Wasserkraftwerk ist gut für die Biodiversität. Vor- und nachgelagert haben wir eine riesige Artenvielfalt. Wenn man mit den Wasserkraftwerksbetreibern und den Fischern vor Ort ratscht, dann sagen die, dass das ihre Lieblingsstellen sind, wo sie sich gern hinstellen und wirklich gute Fische herausziehen. Alles hat seinen Vorteil, aber auch seinen Nachteil: Ich weiß noch, wie wir mit dem Umweltausschuss auf der Messe in Riem waren. Damals wurden uns Modelle präsentiert, welche technischen Lösungen es gibt, damit sich die Fischverluste in Grenzen halten.

Vielleicht hat sich der eine oder andere von Ihnen schon einmal die Schachtkraftwerke in Baierbrunn angesehen. Dort gibt es langsam laufende Turbinen. Das ist eine super Technik. So etwas gehört natürlich unterstützt.

Die FREIEN WÄHLER unterstützen die Wasserkraft. Wir sind dankbar, dass eine Fraktion heute dieses Thema aufgegriffen hat. Wir würden uns aber für die Zukunft wünschen, dass wir dann auch die entsprechende Unterstützung bekommen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Wir würden uns wünschen, dass die Regierung dieses Thema aufgreift!)

Ich erinnere an die ewigen Diskussionen über das Thema Restwasserleitfaden. Frau Kollegin Gisela Sengl kann sich noch daran erinnern, wie damals blockiert worden ist. Das waren auch die Gründe dafür, dass die Wasserkraft von den Betreibern nicht mehr so gerne gesehen worden ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe aber für die Zukunft, dass wir da Unterstützung bekommen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Schreyer, ich bin schon erstaunt, wie weit Sie sich hier für die CSU aus dem Fenster gelehnt haben. Ich kann nur sagen: Herr Ministerpräsident, die Bilanz der CSU ist sehr trübe. Sie hat die Windkraft verhindert, Stromleitungen verhindert und keine Stromspeicher gebaut.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die meisten Erneuerbaren in Deutschland speisen seit Jahren wir ein!)

Sie haben doch die Energiepolitik in Bayern an die Wand gefahren. Verehrte Damen und Herren, so sieht es aus!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dabei war es einmal ganz anders. Der Ingenieur und Wasserkraftpionier Oskar von Miller hat Bayern schon vor hundert Jahren in der Energiepolitik an die Spitze gebracht. Er wollte die Elektrifizierung Bayerns. Er hat den Ausbau der Wasserkraft in Bayern vorangetrieben. Er hat den Bau des Walchenseekraftwerks erreicht. Und besonders wichtig in diesem Zusammenhang: Er hatte die Idee eines Bayernwerks als staatliches Energieversorgungsunternehmen. Als Vorbild hat er sich die Pfalzwerke genommen, die er selbst mitinitiiert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Herr Pohl, hören Sie zu! Da können Sie historisch noch etwas lernen! – Bayern war beim Thema Energie durch Oskar von Miller an der Spitze des Fortschritts, im Gegensatz zu einem Bayern, dem Herr Söder vorsteht. Oskar von Miller war ein Macher. Dann kamen die Privatisierer, die Verhinderer und Blockierer von der CSU. Da ist natürlich an erster Stelle Edmund Stoiber zu nennen, der das Bayernwerk privatisiert und verscherbelt hat.

Das ist nicht nur die Einschätzung der SPD, sondern diese Einschätzung wird auch vom Koalitionspartner von Herrn Söder geteilt. Der Fraktionsgeschäftsführer der FREIEN WÄHLER, Herr Dr. Mehring, hat das in der Augsburger "Stadtzeitung" vom letzten August als "historischen Fehler" bezeichnet. Man habe jeglichen Einfluss aus der Hand gegeben und sich in der Energiepolitik erpressbar gemacht, so der Fraktionsgeschäftsführer der FREIEN WÄHLER über die Politik seines Koalitionspartners. Herr Dr. Mehring, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Wir teilen Ihre Kritik an der CSU.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
Der CSU der Neunzigerjahre!)

Seehofer und Söder haben die erneuerbaren Energien blockiert. Aber zur Wahrheit gehört auch: Herr Aiwanger war auch dabei, zumindest was die Stromleitungen nach Bayern betrifft. Herr Dr. Mehring, Sie waren doch auch dabei. Sie waren doch derjenige, der an der Spitze des Bürgerprotests gegen die Stromfernleitungen stand, mit der die SGL Carbon und die Lech-Stahlwerke in Schwaben versorgt werden sollten. Da haben Sie sich an die Spitze des Protests gestellt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Strom aus einem Kohlerevier in der Lausitz!)

Deswegen mein Ratschlag: Die FREIEN WÄHLER sollten sich in der Energiepolitik etwas weniger aufplustern und ihre eigenen Fehler aufarbeiten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kohlestrom aus Ostdeutschland! Oje!)

Wir haben es diskutiert: Der Staat hat Ende letzten Jahres den Energieversorger Uniper übernommen, und die SPD hat die Privatisierung der bayerischen Energieversorgung schon immer für einen schweren Fehler gehalten, insbesondere die Privatisierung des Bayernwerks. Damit hat die CSU in der Frage einer sicheren, bezahlbaren und sauberen Energieversorgung den Menschen in Bayern schwer geschadet. Wir

wollen etwas anderes. Wir wollen die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand. Deswegen sollten wir jetzt die Chance nutzen und das übernehmen, was uns durch die Verstaatlichung von Uniper geboten wird. Wir sollten die bayerischen Wasserkraft- und Pumpspeicherkraftwerke nicht nur in öffentlicher Hand belassen, sondern sie wieder in die eigenen Hände übernehmen.

Der Bund sollte diese Wasserkraftwerke vielleicht an ein Konsortium aus Freistaat und Stadtwerken verkaufen. Ich weiß zum Beispiel, dass die Stadtwerke München durchaus Interesse daran haben. Ich könnte mir vorstellen, dass das andere große Kommunalunternehmen ähnlich sehen. Dann könnten der Freistaat und diese Kommunalunternehmen gemeinsam dafür sorgen, dass es für die Menschen in Bayern bezahlbare, sichere und saubere Energie gibt.

Die Kraftwerke könnten modernisiert werden. Es könnte ein Repowering durchgeführt werden. Die Kraftwerke könnten wieder repariert werden, wie das größte bayerische Pumpspeicherkraftwerk in Happurg, das seit 2022 stillsteht, weil Uniper es nicht instand gesetzt hat. Das wäre noch eine viel bessere Lösung, als den Fehler der Neunzigerjahre zu wiederholen und diese Kraftwerke zu privatisieren.

Herr Glauber, Sie haben darauf hingewiesen: 97 Wasserkraftanlagen liefern rund ein Drittel der bayerischen Stromproduktion aus Wasserkraft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wäre es uns wert. Lassen Sie uns die richtigen Entscheidungen treffen! Lassen Sie uns die Kraftwerke wieder in die öffentliche Hand nehmen! Die Staatsregierung muss hier mit der Bundesregierung verhandeln. Wir von der SPD wollen eine bezahlbare, sichere und saubere Energieversorgung für die Menschen in Bayern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Herr Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN wollen also 97 Uniper-Wasserkraftwerke zurück in den Staatsbetrieb zwingen und reden dabei vom Privatisierungswahn der Neunzigerjahre. Um es klar auf den Punkt zu bringen: Dem Wasser ist es vollkommen egal, wer es nutzt und wie die Energie erzeugt wird. Aber für die deutsche Energiewirtschaft haben die Pläne der GRÜNEN unheimliche Folgen. Die GRÜNEN sitzen jetzt im Wirtschaftsministerium in Berlin. Man könnte denken, sie sollten langsam von Wirtschaft Ahnung haben. Man sieht aber: Sie verstehen immer noch nichts von Wirtschaft.

Eine Frage an die GRÜNEN: Wie kam es denn dazu, dass die Stromtarife in den letzten dreißig Jahren immer billiger wurden? Warum? – Weil es Wettbewerb gab. Es gab Wettbewerb unter privaten Anbietern.

(Beifall bei der FDP)

Die Privaten haben das erreicht. Das war ein unheimlicher Druck. Der Staat hat daran nicht schlecht verdient, weil immerhin 50 % des Strompreises als Abgaben an den Staat geflossen sind. Tut doch nicht so, als ob die sich das ganze Geld in die eigene Tasche stecken würden! Das ist nicht so. Es waren die bayerischen Kunden, die Unternehmen, die davon profitiert haben, dass es Wettbewerb gab.

(Zuruf von der CSU: Lange her!)

Die GRÜNEN verschweigen absichtlich, dass die Übernahmekosten für die Verstaatlichung von Wasserkraftwerken über höhere Strompreise auf die privaten Kunden und die Unternehmer umgelegt werden müssen. So ist es einfach. Man kriegt nichts umsonst. Sie gönnen mal wieder den privaten Unternehmen nicht einen Cent und wollen die teuren Kosten des Staatsbetriebes auch noch auf dem Rücken der Bürger auf alle umlegen.

(Beifall bei der FDP)

Wisst ihr, was das ist? – Neid und Missgunst! Weil ihr es nicht könnt. Das ist das Problem. Wir müssen euch das noch beibringen. Wenn wir im Bund nicht gewesen wären, würde es die "kleine Wasserkraft" gar nicht mehr geben. Zwar waren alle dafür, aber wir von der FDP haben dafür gesorgt, dass das mit hineinkommt; niemand anderes war das.

(Beifall bei der FDP)

Dann wird davon gefaselt, wir müssen renovieren und die Anlagen wieder in Form bringen.

(Florian von Brunn (SPD): Also, der Einzige, der faselt, steht gerade am Rednerpult!)

Wisst ihr, was Industriedenkmalschutz ist? Das kriegt ihr nicht durch. Schaut euch die Wacker AG an! Die wollte eine neue Turbine einbauen und durfte es nicht.

(Zuruf von der CSU: Die Ampel ist Mist, oder? – Alexander König (CSU): Ampel kaputt!)

Man muss sich einmal vorstellen, dass der bayerische Wirtschaftsminister, der eigentlich auch ein Interesse an Unternehmen in Bayern haben sollte, auch für die Verstaatlichung ist. Das verstehe ich nicht. Darüber werden wir noch reden müssen. Privat vor Staat – weil nur das Wettbewerb gibt. Wenn alles verstaatlicht ist, haben wir Einheitssoße. Was kommt denn dann als Nächstes? Was kommt als Nächstes? Gas, Wasser, Heizung, Sanitär werden dann verstaatlicht? Vielleicht der Elektriker? Heizungsbauer? – Alles wird verstaatlicht.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich habe dir schon mal gesagt: Kannst du nicht mal die Klappe halten, wenn ich rede?

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER –
Florian von Brunn (SPD): Nein, kann ich nicht!)

Er fragt, ihr fragt – –

(Florian von Brunn (SPD): Das beruht auf Gegenseitigkeit!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Duin, das ist allgemein so, dass die Disziplin des Zurufens allgemein sehr ausgeprägt ist.

(Tobias Reiß (CSU): Das ist nicht allgemein so! – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

Albert Duin (FDP): Okay, alles klar.

Präsidentin Ilse Aigner: Hier vorne hört man Zurufe besonders gut.

Albert Duin (FDP): Dann fragen die GRÜNEN: Wenn wir als Freistaat an Flughafen und Messen beteiligt sind, warum dann nicht auch an Energieversorgern? – Ganz einfach, weil es bei den Energieversorgern Hunderte Anbieter gibt und bei Flughäfen nur ganz wenige. Das ist der Riesenunterschied.

Laut GRÜNEN fällt es uns als Land ja auch leichter, in den energieeffizienten Umbau unserer Kraftwerke und Energiesysteme zu investieren. – Das ist nicht so. Das Geld wächst nicht auf Bäumen. Man muss es erst mal verdienen, und danach kann man es erst machen.

Also: Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Fürs Gelingen der Energiewende sind immer noch privatwirtschaftliche Unternehmen verantwortlich.

(Florian von Brunn (SPD): Das hatten wir schon!)

Komischerweise ist es doch so, dass, wenn es um Windkraft geht, es ein Beschleunigungsgesetz gibt, was man alles darf. Wasserkraft wird verhindert, wo es gerade geht.

(Alexander König (CSU): So schaut es aus!)

Das kann nicht sein. Wenn schon, dann müssen wir da auch ein beschleunigtes Verfahren haben, wie zum Beispiel bei dem Schachtkraftwerk, von dem wir gerade schon gehört haben. Das ist eine super Sache. Da werden die Fische nicht einmal belästigt. – Das war schon alles. Also: Taugt nichts.

(Beifall bei der FDP – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das reicht!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir die Debatte der Aktuellen Stunde verfolgen, kann man eigentlich nur feststellen, dass SPD und GRÜNE sich immer gern in steilen Thesen versteigen. Hier wird die Vergangenheit wie üblich bewertet, wie es ihnen gefällt. Herr von Brunn, dass Sie Oskar von Miller heranziehen, ist natürlich klar; denn in der Zeit, als Oskar von Miller lebte, war die SPD noch eine bedeutende Partei. Mit Ihnen an der Spitze schafft es die SPD allerdings, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD) – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Genauso ist es bei den GRÜNEN, die aus der jetzigen Perspektive heraus glauben, dass man Vergangenheit entsprechend bewerten kann. Ich kann Ihnen die Lektüre eines Artikels in der "Süddeutschen Zeitung" aus dem Jahr 2010 empfehlen, in dem es heißt, dass die Privatisierungserlöse der Treibstoff des Erfolges für Bayern waren. 6,6 Milliarden Euro wurden in die Zukunft unseres Landes investiert, in Hochschulen und zum Beispiel auch in einen Umweltfonds. Außerdem wurde die hochgelobte und auch notwendige Hightech-Offensive gestartet, von der wir jetzt auch noch profitieren und für die wir mit der Hightech Agenda eine weitere Stufe gezündet haben. Aber Sie

blicken ausschließlich zurück und glauben, Ihr Geschichtsverständnis zum Besten geben zu können. Aber es ist ganz klar: Mit dem Blick zurück in die Vergangenheit kann man die aktuellen Fragen der Gegenwart nicht lösen.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen in der Tat festhalten, dass die Wasserkraft die tragende Säule in einem regenerativen Energiemix ist. Sie ist der zweitbedeutendste erneuerbare Energieträger hier in Bayern und ein wesentlicher, unverzichtbarer Baustein in unserer Energiepolitik. Sie ist verlässlich, grundlastfähig, gut steuerbar und bietet auch noch Speichermöglichkeiten. Dies kann kaum eine andere erneuerbare Energie gleichermaßen leisten. Das kann nur die Wasserkraft.

Dennoch wird die Wasserkraft in Bayern mit Rücksicht auf die Flüsse, auf unsere Gewässer als Lebensraum und als Ausbreitungsachse genutzt. Nachdem sich 60 % der Wasserkraftwerke Deutschlands in Bayern befinden, kann man mit Fug und Recht festhalten, dass Bayern ganz klar Wasserland bzw. Wasserkraftland ist. Daher bedarf es einer Unterstützung, einer Förderung dieser erneuerbaren Energie. Wir müssen unsere Wasserkraftwerke optimieren. Wir müssen sie ertüchtigen und gleichzeitig ökologisch aufwerten. Die GRÜNEN schwingen hier im Plenum aber wie immer große Sonntagsreden, und draußen vor Ort sind sie gegen die Wasserkraft. Das passt eindeutig nicht zusammen.

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist Wasserland. Bayern ist Wasserkraftland, und zwar unabhängig davon, wer Inhaber oder Anteilseigner ist. Auch unabhängig von der Inhaberschaft wird keine Kilowattstunde Strom zusätzlich erzeugt und kein Kraftwerk ökologisch aufgewertet. Wir versperren uns hier nicht einer Diskussion und insbesondere auch nicht einer Prüfung, wenn die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind bei den Heimfallrechten oder eben auch, wenn der Bund zu der Entscheidung kommt, entsprechend Anteile zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen aber schon eines: Wir brauchen Daten, Fak-

ten, wir brauchen Einzelheiten. Wir brauchen einfach gesicherte Erkenntnisse; denn ansonsten ist das, was Sie hier tun, nichts anderes als ein rosiges Bild zu malen. Es ist so: Sie stellen sich das Bild in Gedanken schon vor, aber können sich nicht einmal die Farben leisten und haben die Farben noch nicht einmal gekauft. Dies ist weder eine verlässliche noch eine kluge noch eine sinnvolle Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern unterstützt die Wasserkraft. Bayern weiß, dass die Wasserkraft ein Rückgrat bei den erneuerbaren Energien ist und dass es Ziel einer nachhaltigen Gewässerbewirtschaftung ist und bleibt, dass die Gewässer in ihren vielfältigen Funktionen als unverzichtbare Lebensgrundlage, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als nutzbares Gut und insbesondere auch für die Energieerzeugung sowie als Rückzugsort und Erholungsraum für die Bürgerinnen und Bürger unserer schönen Heimat dienen. Dies wollen wir weiter vorantreiben. Dies ist unabhängig von der Inhaberschaft, die wir dann dezidiert prüfen werden, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächste spricht die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich mit der Energiepolitik in Bayern beschäftigt, dann merkt man schnell: Die CSU kann es nicht: Windkraft verhindert, Stromleitungsausbau verschleppt und Wasserkraftwerke verkauft. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das ist die Bilanz Ihrer desaströsen Energiepolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben Bayern zum Energiesorgenkind der Republik gemacht. Bayern ist besonders abhängig von Öl- und Gasimporten. Ein Grund, warum die Menschen so viel Geld für Energie zahlen müssen, liegt auch in Ihrer verfehlten Energiepolitik!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) –
Unruhe)

Wir GRÜNE ändern das jetzt mit Robert Habeck, unserem Energieminister auf Bundesebene, und auch mit unseren Vorschlägen in Bayern.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen stehen wir jetzt hier und sagen ganz klar:
Die bayerische Wasserkraft gehört wieder zurück in bayerische Hand!

(Zuruf von der AfD)

Liebe Kollegin Schreyer, ich war jetzt schon ein bisschen irritiert, dass Sie vorhin gesagt haben: Hach, jetzt sollten wir hier als Opposition uns diese Wasserkraftwerke wieder zurückholen; die liegen jetzt doch beim Bund. – Vielleicht muss ich noch einmal kurz erklären, wie Kauf und Verkauf funktionieren. Noch sind Sie in der Bayerischen Staatsregierung, also erwarten wir von Ihnen,

(Zurufe von der CSU: Oje!)

dass Sie an den Bund herantreten – dort an Christian Lindner, das liegt nämlich im Finanzministerium –, in Verhandlungen und Diskussion treten, wie wir die Uniper-Kraftwerke wieder in bayerische Hand holen. So herum wird nämlich ein Schuh daraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum sind wir bei dem Thema so klar und so deutlich? – Na ja, weil Bayerns Flüsse uns allen gehören, uns Bürgerinnen und Bürgern! Es ist also unser Wasser, was in den bayerischen Flüssen fließt, deswegen – sind wir der Meinung – ist es auch unsere Energie. Wir Bürgerinnen und Bürger sollten, der Staat sollte damit Geld verdienen – und niemand sonst!

Wir sehen das in anderen Ländern – zum Beispiel in Südtirol –, was es für eine positive Auswirkung hat, wenn Wasserkraftwerke in öffentlicher Hand, zusammen mit den Kommunen, sind. Die Gewinne, die man dort abschöpfen kann, können der öffentlichen Hand wieder zugutekommen. Wir können damit Kitas bauen. Wir können damit Radwege bauen, und wir können natürlich auch die Natur an Bayerns Flüssen besser schützen. Es gibt also nur Vorteile, wenn die Uniper-Kraftwerke wieder in bayerischer Hand sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite wichtige Punkt ist, dass wir den Privatisierungswahn der CSU in der vergangenen Zeit wieder zurückdrehen. Sie haben damals das Tafelsilber der bayerischen Energieerzeugung buchstäblich verscherbelt, und das rächt sich jetzt.

Lieber Herr Duin, Ihre Philippika auf den freien Markt und die Marktwirtschaft – ich probiere mal, Ihre Aufgeregtheit ein bisschen abzuschichten. Ja, Sie haben recht: Der freie Markt ist in vielen Bereichen schneller, dort entsteht sehr viel Innovation. Das finde ich, das finden wir sehr gut.

Es gibt aber gewisse kritische Infrastrukturen, wo wir GRÜNE ganz klar sagen: Da ist es gut, dass der freie Markt nicht die Hoheit hat. Nehmen wir zum Beispiel die Polizei. Oder nehmen wir eben so etwas wie die Energieversorgung. Wir haben da doch gerade in den letzten Jahren, in den letzten Monaten gesehen, wie abhängig wir dort sind. Darum ist es sinnvoll, kritische Infrastruktur und damit die Wasserkraft wieder zurück in staatliche Hand zu führen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiterer großer Vorteil ist natürlich, dass die Wertschöpfung der Wasserkraft in der bayerischen Region ist. Wenn wir diese Wasserkraftwerke wieder zurück in bayerische Hand holen, dann profitieren wir als Bayerinnen und Bayern davon. Es ist unser Was-

ser, damit ist es unsere Energie. Unserer Meinung nach sollen damit die Bürgerinnen und Bürger Geld verdienen – und niemand sonst!

Wir haben jetzt die einmalige historische Chance, den Fehler der Privatisierung durch die CSU wieder rückabzuwickeln. Lassen Sie uns also die bayerische Wasserkraft wieder zurückholen.

Frau Schreyer, ich habe mit Wohlwollen gehört, dass Sie das gerne prüfen und sich genauer anschauen. Wir haben schon die Vorarbeit gemacht. Wir haben auch schon mit Berlin geredet. Wenn wir da irgendwie behilflich sein können – sehr gerne. Es wäre sinnvoll, wenn wir die Uniper-Wasserkraftwerke wieder in bayerische Hand holen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist unser Angebot. Dazu fordern wir Sie auf. Im Moment stellen Sie hier ja noch die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Alexander König für die CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Hartmann, zunächst einmal herzlichen Glückwunsch. Herzlichen Glückwunsch an die GRÜNEN. Es hat wirklich lange gedauert, lange haben die GRÜNEN die Wasserkraft sträflich vernachlässigt. Lange haben die GRÜNEN die Wasserkraftwerke bei uns im Land eher bekämpft als unterstützt.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Und ihr habt sie verkauft!)

Die EEG-Förderung ist schon angeführt worden. Jetzt versuchen Sie – gerade noch rechtzeitig vor den Wahlen – also den großen Schwenk und kommen mit einem tollen Bekenntnis zur Wasserkraft. Ich möchte Ihnen wirklich herzlich gratulieren. Wenn das

ehrlich gemeint ist, dann haben Sie die Kurve also noch gekriegt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Das freut uns.

Wir stehen zur Wasserkraft in Bayern. Die Wasserkraft unserer rund 4.200 Wasserkraftwerke ist als Basisversorgung wichtig. Es waren die Pioniere der Industrialisierung, die Wasserkraftwerke gebaut haben, sei es hier unten an der Muffathalle in München oder sei es das berühmte Walchenseekraftwerk. Viele, viele Investoren haben über die Jahrhunderte draußen in unseren Tälern an den Flüssen Wasserkraftwerke gebaut. Wir haben immer auch schon die kleinen und mittleren Wasserkraftwerke unterstützt, genau wie die großen. Wir stehen zur Wasserkraft und werden das weiter tun.

Herr Hartmann, ich kann mich noch an die Privatisierung der Neunzigerjahre erinnern. Ich möchte Ihnen sagen, dass das kein Privatisierungswahnsinn war.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Was denn sonst? – Florian von Brunn (SPD): Privatisierungswahnsinn!)

Das war ein ganz positiver Hightech-Wahnsinn des Ministerpräsidenten Edmund Stoiber und der CSU, die mit diesen Mitteln seinerzeit – vor einer Generation – dafür gesorgt haben, dass mit enormen Mitteln in Hochschulen, in Forschung, in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert werden konnte. Wenn sich Frau Schulze nicht daran erinnern kann, dann haben Sie das aus bekannten Gründen nicht persönlich zu vertreten. Allerdings haben leider auch nicht alle die Chancen, die sich aus diesen neuen Studienplätzen und diesen Universitäten ergeben haben, ausreichend genutzt.

Heute – dreißig Jahre später –, nachdem aus den bekannten Gründen 99 % des Konzerns Uniper dem Bund gehören, stellt sich perspektivisch natürlich die Frage: Wie wird es mit diesem Konzern und auch dem Konzernverbund – der Konzern ist in rund vierzig Ländern dieser Welt energiewirtschaftlich unterwegs –, wie wird es mit der bayerischen Wasserkraft weitergehen?

Herr Hartmann, als ich das Thema der heutigen Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich mich schon gefragt: Geht es Ihnen als GRÜNE zum Thema Wasserkraft nur um diesen Schwenk um 180 Grad? Oder wissen Sie vielleicht Dinge, die wir nicht wissen? – Es kann ja sein, Sie sind Teil der Bundesregierung. Es könnte ja sein, dass Sie vielleicht wissen, dass die Bundesregierung und die GRÜNEN bereits konkrete Pläne haben, diesen Konzern Uniper, der Ihnen aufgrund der unvermeidlichen Verstaatlichung – sage ich mal – zugefallen ist, zu zerschlagen; dass Sie Pläne haben, Teile dieses Konzerns auf den Markt zu bringen.

Herr Hartmann, Sie nicken gerade. Wenn Sie von solchen Plänen wissen, dann sagen Sie es uns doch. Das ist wichtig für die Staatsregierung, das ist wichtig für das Parlament.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Interesse anmelden!)

Dann weiß man, worum man sich kümmern muss. Es bringt hier aber nichts, nur um den heißen Brei herumzureden.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Ganz einfach Interesse anmelden!)

Sie müssen also die Karten – Ihre Erkenntnisse aus Berlin – auf den Tisch legen.

Ich kann Ihnen für die CSU-Fraktion und mit Sicherheit auch für die Fraktion der FREIEN WÄHLER nur sagen: Wenn sich die derzeitige Situation ändert – die derzeitige Situation ist, dass diese Wasserkraftwerke, von denen hier mehrfach gesprochen wurde, Teil des Konzerns Uniper sind – und diese Wasserkraftwerke zum Verkauf stehen sollten, dann wird es in dieser Welt viele geben, die sich darum bemühen werden. Dann haben wir als Freistaat Bayern, als Staatsregierung, als Parlamentarier natürlich zu prüfen, ob es erforderlich ist und, wenn ja, unter welchen Bedingungen es überhaupt möglich ist, in ein solches Investment einzusteigen. Dann wird es darum einen Wettbewerb geben. Davon bin ich überzeugt.

Im Moment – solange Sie die Karten aus Berlin also nicht auf den Tisch legen – ist das eine hypothetische Frage.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Interesse anmelden! Das hilft!)

Solange das also in den Wind gesprochen ist, ist das keine konkrete Frage, die wir konkret prüfen und die man konkret beantworten kann,

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Doch! Man kann Interesse anmelden!)

weil zumindest uns eine solche Zerschlagung, ein solches Verkaufsangebot seitens des Bundes nicht bekannt ist. Wir wissen von einem solchen Angebot an den Freistaat Bayern nichts.

Sie sind Mitglied der Bundesregierung. Sie haben die Möglichkeit, dort einzuwirken. Tun Sie das bitte.

Ich kann nur sagen: Wir standen bisher zur Wasserkraft. Wir stehen auch weiterhin zur Wasserkraft. Wir als CSU und FREIE WÄHLER werden alles dafür tun, um die Wasserkraft in Bayern wie bisher nicht nur zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Christian Hierneis für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt mal zu etwas ganz anderem, nämlich zum Naturschutz und dazu, warum der Naturschutz für den Heimfall an den Staat ist.

Vor genau hundert Jahren, im Juni 1923, schrieb ein Vogelfreund namens Zimmer in den Blättern für Naturschutz und Naturpflege über seine Wanderung am Lech nördlich von Augsburg. Er schreibt:

Zwischen Auwaldungen und Ufergebüsch fließt hier in breitem Bett der Fluß dahin, Kiesbänke verschiedener Größe bis zu beträchtlicher Ausdehnung, teils kahl, teils gering bewachsen, mit seinen Fluten bespülend. Überwältigend war der Anblick, der sich uns bot: Lachmöwen, zu Hunderten auf den Bänken und in der Luft, untermischt von zahlreichen Flusseeeschwalben, denen sich vereinzelt auch die Trauerseeeschwalbe zugesellte, dazu Enten, Rotschenkel, Kibitze, Flussregenpfeifer, Flussuferläufer, sogar vereinzelt Exemplare des in Bayern so seltenen Triels, kurz: ein Bild reichsten Wasser- und Watvogellebens, und durch das Gemisch der kreischenden, rufenden, flötenden Stimmen ertönte hie und da das Gegeck der Lachseeeschwalbe.– So viel vom Vogelfreund Zimmer. Es ist eine Beschreibung, die wir uns heute für den Bereich des Lechs überhaupt nicht mehr vorstellen können. Der Rotschenkel gilt in Bayern als gefährdet, der Flussregenpfeifer ist vom Aussterben bedroht, und die Lachseeeschwalbe ist in Bayern ausgestorben; vom damals schon seltenen Triel ganz zu schweigen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Natürlich haben sich die Zeiten seit 1923 geändert. Auch der Lech hat sich grundlegend durch die Wasserkraft verändert. Ja, wir wollen und brauchen erneuerbare Energien, und dazu gehört die Wasserkraft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ja, wir wollen und brauchen die Wasserkraft dort, wo sie ökologisch vertretbar und ökologisch umsetzbar ist. In der Vergangenheit wurde das nicht oder kaum beachtet.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist doch alles Quatsch, was Sie erzählen!)

Dort, wo der Lech früher ein echter Wildfluss war und unzählige Lebensräume geschaffen hat, ist er heute vor allem durch das Stauen für die Wasserkraft zu einer Ansammlung von trüben Stauseen geworden, die alle paar Jahre ausgebaggert werden müssen, um nicht vollständig zu verschlammen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie tun so, als ob früher alles viel besser gewesen wäre!)

Echter Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten ist der Lech nicht mehr.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist doch Quatsch, Herr Hierneis!)

Was für die Lachseeschwalbe gilt, gilt für unzählige weitere Tier- und Pflanzenarten über und unter Wasser. Fische können nicht mehr wandern. Fischtreppe sind sicher besser als nichts, einen durchgängigen Fluss können sie aber nicht ersetzen.

In Zeiten der Biodiversitätskrise müssen wir alles tun, um die Artenvielfalt zu schützen, ja, um sie wieder zu verbessern. Die Wasserrahmenrichtlinie gibt uns den Weg vor. Die Fließgewässer müssen in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden; dazu gehört vor allem die Durchgängigkeit und das Schaffen von Lebensräumen.

Wasserkraft ist im Sinne des Klimaschutzes ökologisch. Wasserkraft muss auch im Sinne des Arten- und Gewässerschutzes ökologisch werden.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist doch der Fall!)

Das gilt auch für bestehende Wasserkraftwerke, bei denen demnächst der Heimfall ansteht; von ihnen reden wir heute. Mit diesen Wasserkraftwerken wird Geld verdient. Ich will es deshalb den privaten Kraftwerksbetreibern auch nicht verdenken, dass sie zugunsten des ökonomischen Gewinns andere Schwerpunkte hintanstellen. Der Staat kann als Eigentümer dieser Wasserkraftwerke anders handeln; denn der Staat profitiert zwar auch vom wirtschaftlichen Erfolg dieser Kraftwerke, ist darauf aber nicht ganz so sehr angewiesen wie Private. Deshalb kann er im Gegensatz zu privaten Betreibern Ökonomie, Ökologie und die Energiewende in Einklang und in ein ausgewogenes Verhältnis bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er kann zwei gute Dinge vereinen, die beide dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen dienen: Naturschutz und Energiewende, zu der die Wasserkraft gehört. Deshalb müssen diese Kraftwerke zurück in staatliche Hände!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Dieses Thema "Wasserkraft in Staatshand" ist eigentlich ein sehr interessantes Thema. Man sollte es nur auf die gesamte Energiegewinnung übertragen; denn an der Energiegewinnung – der Strom ist das Wesentliche – hängt unser aller Leben heute mehr als je zuvor. Energiegewinnung gehört also tatsächlich zur Daseinsvorsorge, wie es hier in der Diskussion herauskam.

Daseinsvorsorge bedeutet nichts anderes, als die Funktionalität des Staates, seiner Einrichtungen und der Wirtschaft und natürlich auch das Leben der Bürger als Staat zu gewährleisten. Wer ist der Staat? – Das sind wir alle, die Bürger. Wieso ist es schlecht, wenn hier gefordert wird, dass Wasserkraft mit nur 3 % der Energieerzeugung wieder zurück in Staatshand soll? – Ich sage Ihnen: Die gesamte Energieerzeugung soll wieder zurück in Staatshand!

Vor Jahren hat man das mit der Begründung aus der Hand gegeben, dass der Staat nicht als Marktkonkurrent in Erscheinung treten solle; Wirtschaft und Gewinnerzielung solle nicht Sache des Staates, sondern der Wirtschaftsbetriebe, also der Privatleute sein. – Das ist aber eben dann nicht mehr der Fall, wenn es um ein solches Gut geht, das für uns alle lebensnotwendig ist. Was ist denn, wenn die Preise immer mehr steigen? Gerade wurde gesagt, Wasserkraft müsse in Staatshand zurück, damit der Staat die dadurch erzeugten Mehrgewinne wieder in Kindergärten, Schulen und Sonstiges investieren könne. – Nein, das braucht es nicht; das muss der Staat sowieso. Das kann er über Steuern und Abgaben regeln. Der Staat braucht aber die Hand am Drü-

cker und am Hebel der Energieerzeugung, und zwar für einen insbesondere für den Privatmann erschwinglichen Preis.

Vor Jahren wurde an Vattenfall verkauft. Stellen Sie sich einmal vor: Jetzt kommt dieser Scherz der Stunde von damals; Vattenfall ist ein Staatsbetrieb der skandinavischen Länder.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist beendet!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Warum soll man nicht dem eigenen Staat solche Betriebe geben?

(Alexander König (CSU): Ohne Wasser kein Bier!)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr verehrte Frau Präsidentin, wertees Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Manchmal gibt es einfach eine zweite Chance, die man nutzen soll und nutzen muss, wenn sich ein solches Fenster öffnet.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Wir alle haben den brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ebenso erlebt wie die Abhängigkeit von zwei Gasleitungen, die Europa und Deutschland spüren müssen; natürlich müssen wir alle die Herausforderungen der Dekarbonisierung meistern. Deshalb braucht es mehr erneuerbare Energien. Wir brauchen die Transformation in unserer Gesellschaft, und wir wollen auch in Bayern in Zukunft die modernsten Arbeitsplätze und Hightech-Arbeitsplätze für unser Land. Deshalb gilt: Vorfahrt für erneuerbare Energien und Vorfahrt in dieser Staatsregierung, diese Zukunft zu gestalten, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Energieversorgung der Zukunft neu zu denken, heißt dann natürlich, eben auf diese erneuerbaren Energien, auf die modernsten Antriebskonzepte und auch auf neue Speichertechnologien zu setzen. Seit viereinhalb Jahren schiebt unser Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger eine Wasserstoffstrategie an, die wir mit einem 500-Millionen-Euro-Haushalt extra unterstützen. Mit dieser Wasserstoffstrategie soll auch eine regionale Energiegewinnung durch Elektrolyseure und Windkraftanlagen vor Ort stattfinden und die Akzeptanz dieser erneuerbaren Energien gesteigert werden.

Kolleginnen und Kollegen, wer erneuerbare Energien ausbauen will, braucht am Ende die Akzeptanz der Bürgerschaft. Das wissen Sie alle in diesem Saal und ist an die Oppositionsfraktionen gerichtet. Wir als Staatsregierung haben die 10-H-Regelung reformiert. Wir haben der Windkraft einen Stellenwert eingeräumt, damit sie substanziell ausgebaut werden kann. Wir haben im Klimaschutzgesetz eine Photovoltaikpflicht eingeführt. Wir haben neue Stellen in den Regierungen geschaffen, damit der Ausbau der erneuerbaren Energien Vorfahrt hat und vorangeht. Hier zieht die Staatsregierung an einem Strang; denn Bayern will letztlich seinen Spitzenplatz bei erneuerbaren Energien behalten, ausbauen und auch zeigen, dass da niemand an uns vorbeikommt, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! Richtig so!)

Deshalb werden wir natürlich auch alle Möglichkeiten nutzen. Der Dreiklang lautet: von Bayern, in Bayern, für Bayern. Das bedeutet Heimatenergie aus Bayern heraus. Dazu gehört natürlich auch diese neue Möglichkeit. Ich habe es schon angesprochen; manchmal gibt es eine zweite Chance, und es öffnet sich ein Fenster. In dem Moment, in dem Uniper SE verstaatlicht wurde, wusste jeder um das, was durch die Gaspreise am Ende entstanden ist. Durch diese Verstaatlichung ist eine solche neue Chance entstanden. Im Moment ist der komplette Kraftwerksblock verstaatlicht worden; das sind in Bayern immerhin 97 Wasserkraftwerke mit der Leistung eines mittelgroßen Atomkraftwerks. Diese 97 Wasserkraftwerke können ein Gigawatt Strom produzieren.

Deshalb stehen wir natürlich für diese Chance einer Heimatenergie, einer regionalen Energiegewinnung und der Wertschöpfung aus Bayern mit diesen Anlagen. Diese Anlagen bilden im Prinzip mehr als 5 % der bayerischen Stromproduktion und sind damit ein substanzieller Bestandteil.

Ich habe mich darüber gefreut, und es ist schön, dass Oskar von Miller heute in diesem Saal so oft zitiert wurde. Er war wirklich ein Pionier. Manchmal macht es dann auch Spaß, in Bayern Politik machen zu dürfen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Nur manchmal?)

– Ja, manchmal. Mit euch ist es manchmal schon schwer.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Heiterkeit bei den GRÜNEN

– Katharina Schulze (GRÜNE): Das stört mich jetzt nicht!)

– Ja, das ist klar! – Oskar von Miller war elektrogebildet, und er hatte eine Bauausbildung. Ich bin ganz froh darüber, dass ich zwei Ausbildungen habe: eine im Baubereich und eine als Elektriker.

(Alexander König (CSU): Ja, Wahnsinn!)

Oskar von Miller hat damals dafür gesorgt, dass in Bayern der Wohlstand zugenommen hat, weil er die Stromerzeugung zum Hauptbestandteil unseres Wohlstands und damit von Arbeitsplätzen gemacht hat. Er hat erkannt, dass wir diese Wende ohne Strom nicht hinbekommen und die Zukunft nicht gestalten können, genauso wie wir die Zukunft gestalten müssen.

Heute müssen wir aus dem Freistaat Bayern heraus bei diesem Thema des Zugriffs auf die 97 Wasserkraftwerke eine zentrale Rolle spielen. Da will ich nur dieses Pumpspeicherkraftwerk Happurg ansprechen, Kolleginnen und Kollegen. Diese Batterie trägt 840 Megawattstunden in sich, und sie wird am Ende nicht instand gesetzt, weil nur marktwirtschaftliche Gesichtspunkte zählen. Wer am Ende die Energiewende will,

wer in Zukunft dekarbonisieren will, der darf auf die Nutzung eines Pumpspeicherkraftwerks wie Happurg nicht verzichten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Deshalb brauchen wir aus dem Freistaat heraus eine kluge Politik mit dem Bestreben, dass wir so einen Baustein bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist angesprochen worden: Ich habe mich im Oktober an den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck gewandt und ihm geschrieben, dass wir in Bayern Interesse daran hätten, diese 97 Wasserkraftwerke für Bayern in der Zukunft zu übernehmen. Rückantwort war: Wir müssen nachdenken. – Diese Nachdenkzeit hat bis zum heutigen Tag angehalten. Lieber Kollege Hartmann, Sie sagen, Sie haben Vorschläge. Bis jetzt ist immer noch ein Nachdenken.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

Jetzt könnte man im Prinzip nur Gutes vermuten, wenn Sie heute eine Aktuelle Stunde zu einem Thema machen, für das Sie jetzt nicht mehr zuständig sind, weil der Finanzminister Christian Lindner zuständig ist. Solange Ihr Minister Robert Habeck zuständig war, haben Sie die Aktuelle Stunde nicht gemacht.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Da haben wir sie aber auch schon gefordert! Im Sommer!)

Jetzt, wo der FDP-Minister zuständig ist, gibt es eine Aktuelle Stunde dazu, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen aus dem "Geist von Meseberg":

(Alexander König (CSU): Der wird schnell verfliegen!)

Wir haben erst letzte Woche nachgefragt. Der "Geist von Meseberg" ist anscheinend so, dass Sie doch nicht genau wissen, ob Sie die Länder zum Zug kommen lassen wollen

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Doch!)

und wie Sie mit dem Thema umgehen. Wir stehen Gewehr bei Fuß. Wir werden mit dem Freistaat in solche Verhandlungen eintreten.

Also, noch mal: Der Ball liegt bei Ihnen in Berlin. Sorgen Sie erstens dafür, dass wir unsere Verantwortung übernehmen können! Wir wollen Klimaschutz vorantreiben, die erneuerbaren Energien ausbauen und Hochwasserschutz betreiben – das ist ein ganz zentraler Baustein. Wenn am Ende diese Kraftwerke jedes für sich in eine einzelne Hand kommen, dann müssen wir aus Bayern ein Veto einlegen. Ich warne vor der Gefahr, die davon für unsere Gewässer und für den Hochwasserschutz ausgehen kann, wenn diese Steuerungsfunktionen nicht mehr in einer zentralen Hand liegen.

Zweitens brauchen wir – da ist unser Wirtschaftsminister mit den Gemeinden im Gespräch – einen gemeinwohlorientierten Ansatz. Ich bin froh darüber, dass wir schon mit den Kommunen sprechen über eine Möglichkeit der Rekommunalisierung und der Verantwortung am Gewässer im Zusammenspiel von Freistaat und Kommunen.

Drittens. Wir setzen auf die gewachsenen Betriebsstrukturen. Eines ist klar: Eine Übernahme dieser 97 Kraftwerke braucht dieses qualifizierte, hervorragende, gute Personal an Fachfrauen und Fachmännern, die am Ende diese Kraftwerke überhaupt bewirtschaften, betreiben können; denn nur dann wird es ein klarer Plan.

Wir haben diesen Plan. Der Ball liegt bei Ihnen. Sagen Sie uns Bescheid. Wir stehen Gewehr bei Fuß.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.